

1875

— In Rücksicht auf eine von verschiedenen hiesigen Blättern gebrachte Note, daß bei der Enthüllungsfeyer des Stein Denkmals in Bezug auf die Einladungskarten die Volkvertreter nicht die gebührende Berücksichtigung gefunden hätten, theilt die „Nord. Allg. Ztg.“ die Dispositionen mit, welche von dem zu Komite in dieser Richtung getroffen sind, und welche den Anward jenes Vorwurfs

darthun. Das Komitee hatte je 100 Zutrittskarten für die Mitglieder des Reichstages und des Abgeordnetenhauses den Präsidenten beider Häuser zugeführt, und das Bureau des Reichstages hatte dann, während des Besuchs in Berlin wohnenden Abgeordneten, welche bloß dem Reich, aber nicht dem Landtage angehören, Karten überreicht, für die in Rücksicht auf die unmittelbare bevorstehende Eröffnung des Reichstages von auswärtig noch zu erwartenden Mitglieder des Reichstages vorzulegen. Für die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichstages aber, welche zugleich Landtagsabgeordnete, sowie für diejenigen in Berlin domicilirenden Herren, welche nur dem Landtage angehören, durfte das zweite Hundert der Karten um so eher ausreichend erachtet werden, als das Eintreffen auswärtiger Landtagsabgeordneter zu der Feier wohl nur in sehr vereinzelten Fällen zu erwarten stand.

Breslau, 28. Oktober. Der abgesetzte Fürstbischof Dr. Förster hat, wie die „Schles. Ztg.“ hört, unter dem 19. d. M. an hiesige Behörden ein Schreiben gerichtet, aus welchem zu schließen ist, daß Dr. Förster die Entscheidung des kirchlichen Gerichtshofes unbeschädigt läßt. Zu bemerken ist indeß, daß am bezeichneten Tage das Erkenntnis des genannten Gerichtshofes noch nicht in die Hände Dr. Försters gelangt war.

Minden, 26. Oktober. Das vielfach verbreitete Gerücht, holländische Werber suchten in Westfalen junge, kräftige Leute zum Dienst in der niederländischen Armee zu veranlassen, hat, wie man der „Westf. Ztg.“ schreibt, in den letzten Tagen hier dadurch an Wahrscheinlichkeit gewonnen, daß vier Mann, ein Unteroffizier, ein degradirter Unteroffizier und zwei Gemeine, von dem hier in Garnison stehenden Bataillon des 55. Infanterie-Regiments verschwunden sind. Allgemein ist die Ansicht verbreitet, die Flüchtlinge hätten sich, ausgestattet mit einem Vorschusse des Werbers, nach Holland begeben. Ein der Ueberredung zur Flucht dringend verdächtiger Mann ist auch hier verhaftet und der Staatsanwaltschaft überwiesen worden. Daß aber auch die Militärbehörde zu der Ansicht binneigt, Holland sei das Ziel der Flüchtlinge gewesen, beweist ein vorgestern dem Militär bekannt gemachter Garnisonsbefehl, wonach jeder Soldat sofort Anzeige zu machen hat, wenn irgend eine Zivilperson mit ihm über Dienstverhältnisse, Löhnung u. s. w. in der niederländischen Armee ein Gespräch anzuknüpfen versucht.

München, 28. Oktober. Wie die offizielle „Pol. Corr.“ hört, wird nach Wiedereinberufung des Landtages, welche zu Anfang Januar in Aussicht steht, das Ministerium, um jeder Frage zuvorzukommen, einen *modus vivendi* mit der patriotischen Zweimänner-Majorität nicht untersucht lassen. Es werde sich aber voraussichtlich alsbald zeigen, daß allenfallsige Hoffnungen auf Abfall und Zerbröckelung innerhalb dieser Partei allzu sanguinisch gewesen sind. „Das Best, das wir haben“ — soll Einer der Ihrigen gesagt haben — „ist nur ein neues Nahrungsmittel, und noch fester zusammenzuhalten.“ Neuwahlen könnten nicht ausbleiben und erst von diesen sei eine heilsame Wendung der Lage zu erwarten. Ueber diesen Punkt ist dagegen die ultramontane „Donau-Ztg.“ des Pfarrers Lucas anderer Meinung. Derselbe sagt dort nämlich:

Das Ministerium kennt seine Pappenheimer und darum hat es die Kammer bloß vertagt (nicht aufgelöst). Wenn dieselbe wieder zusammentritt, wird es sich zeigen, daß alle diejenigen sich verrecknet haben, welche dieser Kammerlichkeit (ich rede hier nicht von den wenigen rühmlichen Ausnahmen) eine entschiedene Aktion, etwa eine Nichtbewilligung des Budgets angeschlossen haben. Gott bewahre! das getrauen sich die Patrioten nicht zu thun, sie hätten es vor der Entschließung des Königs kaum gethan und jetzt werden sie es noch viel weniger thun. Also nur nichts erwarten, was auf hundert Millionen einer Art von Alchemie. Alle Kombinationen über den Ausfall der Neuwahlen sind darum sehr überflüssig, denn es wird zu diesen gar nicht kommen. Die Minister wären allerdings entschlossen, an das Land zu appelliren, aber — wir sagen es mit aller Bestimmtheit voraus — sie werden es nicht wagen.

Eine Charakteristik der „Patrioten“ aus dem eigenen Lager, die in der That sehr interessant ist.

Wien. In einem mährischen Blatte finden sich einige Mittheilungen über die Geschichte des *modus vivendi* zwischen Staat und Kirche in Oesterreich. Vor Verkörung der konfessionellen Gesetze wollte sich das Ministerium versichern, daß der Episkopat denselben keine Opposition machen werde und daß die Gesetze bei uns nicht ähnliche Konsequenzen nach sich ziehen mögen, wie die analogen Akte in Preußen.

Wenn nun, schreibt man dem „Mähr. Corr.“, auch das gegenwärtige Kabinet an dem Kardinal Rauscher einen Bundesgenossen zählt, der dessen Intentionen durch seinen nicht genug zu würdigenden Einfluß gerade an maßgebender Stelle fördert, so war von der greisen Eminenz keine solche Einwirkung auf die Kirchenfürsten zu erwarten, die einen praktischen Erfolg hätte aufweisen lassen, denn die Bischöfe haben es dem Kardinal bis heute noch nicht verziehen, daß er seiner Zeit die Idee hatte, Primas der Gesamtmonarchie Oesterreichs werden zu wollen, damit der Verkehr zwischen Rom und der katholischen Bevölkerung eben nur durch ihn vermittelt werde. Allein die gezielte Mittelperlon fand sich in dem „Bischof“ und Generalvikar der Wiener Erzbischofe, Dr. Kutschera, der zwar nur immer Beamter und dann nebenbei Bischof ist und dessen Energie es gelang, die unentschiedenen Mitglieder des päpstlichen Episkopates für die Intentionen der Regierung vollständig zu gewinnen, die Starren zu brechen. Ein Beweis der richtigen Taktik Sr. Excellenz ist jedenfalls die Tatsache, daß selbst die freilichsten Bischöfe nicht den geringsten Widerstand gegen ein Gesetz in Szene setzen, daß der bischöflichen Gewalt wesentliche Schranken setzt, indem jede Nomination eines Bischofs zum Patriarchen der Regierung angezeigt werden muß, die über die Zulässigkeit des Kandidaten entscheidet, ohne dem Bischof auch nur einen Grund für ihre Entscheidung angeben zu müssen. Bloß der Bischof Rabigler fragte in Rom in der eben genannten Richtung an, allein seitens der Kurie kam die Mittheilung, unter den gegenwärtigen Verhältnissen müßte man sich eben in die Lage der Dinge fügen. Der Rantius am Wiener Hofe, Monsignor Jacobini, wollte zwar anfänglich eine entschiedene Opposition gegen das erwähnte Gesetz organisirt wissen, ließ aber von diesem Begehren ab, indem er die schneidende Bemerkung machte, daß in dem Schooße des österreichischen Episkopates nicht jene Einmüthigkeit und Entschiedenheit herrsche, wie dies in Frankreich und Belgien und selbst im deutschen Reiche der Fall sei.

Paris, 26. Oktober. Im Augenblick geschähen beim Marschall Mac Mahon ernsthafte Schritte, um denselben zu bestimmen, den Herzog von Audiffret-Pasquier, den jetzigen Präsidenten der Nationalversammlung, und Herrn Vocher, den Präsidenten des rechten Zentrums, welche beide wegen ihrer anti bonapartistischen Gesinnungen auch bei den Republikanern gut angeschrieben seien, mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen, wenn Bussiet gekürzt werden sollte. Bis jetzt zeigt der Marschall aber nicht die geringste Neigung, auf diese Vorschläge einzugehen. Die Bonapartisten treten so dermaßen auf, weil sie wissen wollen, daß sie einen großen Theil der Korpsführer, wie Bourbaki, Lebrun, Ducrot, Bataille u. s. w. auf ihrer Seite haben. Der nahe bevorstehenden Eröffnung der Session sehen alle Parteien mit Unruhe entgegen.

Nur die Bonapartisten sind zufrieden, weil eine neue Katastrophe ihnen nur nützlich werden könnte. Die Alerikalen fürchten, obgleich die Regierung bis jetzt den von ihnen gewünschten Weg wandelt, daß der Marschall Mac Mahon sich pöblich weigern könnte, sich weiterhin als ihr Werkzeug auszunutzen zu lassen. Die Monde, das Organ der hiesigen päpstlichen Kurialtur, hält es deshalb auch für nothwendig, den Präsidenten Mac Mahon mit dem Erzpräsidenten Thiers hänge zu machen: „Das Komplot der Linken“, sagt das ultramontane Blatt, „liegt heute offen da. Das Vertrauen in den Erfolg raubt ihnen jede Zurückhaltung. Man ist über zwei Dinge einig: 1) Herrn Bussiet zu stützen; 2) die Verfassung vom 25. Februar so schnell als möglich in Anwendung zu bringen. Der zweite Artikel verbirgt den wahren Gedanken der Verschworenen. Die Verfassung in Anwendung bringen, heißt den Marschall Mac Mahon stützen. Des kann nicht bestritten werden. Der Mann, der am 24. Mai gewählt wurde, dessen konervative Gesinnungen unerschütterlich sind, ist für das linke Centrum so wie für die äußerste Linke ein ungeschickter und verdächtiger Prästent.“ — Herr Germain, einer der Führer der Rechten des linken Zentrums, hielt in Trebourg eine Rede, worin derselbe Bussiet zwar sehr stark angreift, sich aber dagegen ausspricht, daß man denselben stütze. Germain scheint von den nämlichen Befürchtungen beiseit zu sein, durch welche das Auftreten der reinen Orleanisten bestimmt wird, d. h. er hat Angst, daß der Marschall Mac Mahon, wenn man ihn seines in der Gasse der Alerikalen und Bonapartisten so hoch stehenden Buffet beraubt, zu ungeleglichen Maßregeln seine Zuflucht nehmen könnte.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 30. Oktober.

Die städtischen Ausgaben im Magistrats Entwurfe zu dem Kammere Kassenetat pro 1876 stellen sich, wie die Einnahmen, auf 128457 M. gegen 803957 M. pro 1875. Diese sehr bedeutende Mehrausgabe wird besonders durch die Neubauten verurteilt, zu deren Ausführung das Darlehen aus dem Reichseinvaldenfonds aufgenommen ist. Die einzelnen Titel des Etats sind pro 1876 vielfach anders benannt und zusammengefaßt, als in den Etats der früheren Jahre. Die „Allgemeinen Verwaltungskosten“ (in den bisherigen Etats: Tit. 1. An Besoldungen und Emolumenten. Tit. 2. Dispositionsfonds. Tit. 3. An Pensionen. Tit. 4. In rathhauslichen Bedürfnissen) betragen 170453 M. gegen 128733 M. pro 1875. Diese bedeutende Mehrausgabe wird theils durch Pensionierungen, theils durch vermehrte Ausgaben für Bureau und Rassengehälter (2400 M. gegen 10500 M. pro 1875), theils auch dadurch begründet, daß der Reichs werth der Rathhausräume pro 1876 zum ersten Male mit 16000 M. in Rechnung gebracht worden ist, wie dies bisher bereits in Betreff der Schulhausräume geschehen. — Die Provinzialbeiträge belaufen sich pro 1876 nur auf 28000 M., während sie pro 1875: 17318 M. betrugen. Diese Verminderung ist eine Folge davon, daß der 18. Provinziallandtag die Provinzialbeiträge, die sich für die ganze Provinz bisher auf ca. 1300000 M. belaufen, auf ca. 300000 M. herabgesetzt hat. — Für Handels- und Verkehrswesen sind pro 1876: 7500 M. (gegen 4281 M. pro 1875), für den Unterhalt des Gemein-eigenthums 33577 M. (gegen 33641 M. pro 1875) erforderlich. Die Erstattungen aus der Schlichtsteuer, welche bekanntlich seit Anfang 1875 lediglich als Kommunalsteuer erhoben wird, und pro 1876 voraussichtlich eine Einnahme von 220000 M. ergibt, betragen für das nächste Jahr 16365 M. gegen 6090 M. pro 1875, indem an die Militär- und Spesenstellen 15885 Mark, statt 5634 M. pro 1875, erstattet werden müssen. Zu politischen Zwecken sind pro 1876: 88161 M. (gegen 62091 M. pro 1875) erforderlich, indem die Kosten für die Abfuhr des Straßennutts, Schnee und Eises 15000 M. betragen (gegen 10596 M. pro 1875), und die Straßenbeleuchtung einen Aufwand von 38963 M. (gegen 21888 M. pro 1875) erfordert. — Die Schulausgaben werden sich auf 23521 M., (gegen 21881 M. pro 1875) belaufen, und zwar beträgt der Zuschuß zur Realschule 64809 M. (gegen 54594 M. pro 1875) zur Mittelschule 34616 M. (gegen 33349 M. pro 1875) zur Bürgerschule 32351 M. (gegen 32068 M. pro 1875) zur gewerblichen Fortbildungsschule, wie bisher, 2100 M., zur Stadtschule I. 32741 M., zur Stadtschule II. 33428 M., zur Stadtschule III. 32513, d. h. zu den 3 Stadtschulen 97742 M. (gegen 93830 M. pro 1875). Der bedeutend höhere Zuschuß zur Realschule ist theils durch eine Gehaltssteigerung, theils auch und vornehmlich dadurch veranlaßt, daß der Reichswerth des Realschulgebäudes mit 16145 M., statt bisher 10282 M. angelegt ist. — Der Zuschuß zu den Kosten der öffentlichen Armenpflege beträgt 14731 M. (gegen 11877 M. pro 1875), der Zuschuß zum Theateretat 455 M., der Zuschuß zur Schulreinigung und Verzinsung (veranlaßt durch die bevorstehenden Neubauten) 27074 M. Die außerordentlichen Ausgaben belaufen sich auf 673978 M. (gegen 9993 M. pro 1875). Diese außerordentlichen Ausgaben sind folgende: Kosten der Volkszählung 1800 M., Kosten der Reichstagswahl 1200 M., Kosten der Landtagswahl 1200 M., Regultirung (Pflasterung) des Sapiehaplatzes 12500 M., zu den Neubauten, zu deren Ausführung das Darlehen aus dem Reichseinvaldenfonds aufgenommen ist, 600000 Mark; unvorhergesehene Ausgaben 57278 Mark. — Gegen die Ausgaben pro 1875 sind nicht aufgeführt: 102032 Mark.

Die Artillerie-Wagenhäuser zwischen Kl. Ritter- und Ballstraße, von denen im vorangehenden Jahre 4 errichtet worden, sind im laufenden Jahre noch um 2 vermehrt worden, so daß gegenwärtig die Anzahl derselben 6 beträgt. Diese Häuser werden durch eine Verbindungstraße zwischen Kl. Ritter- und Ballstraße (die Verlängerung der neuen Gartenstraße, die alte Dulerstraße) in zwei mit Hofmauern umgebene Abtheilungen getheilt, in deren nördliche 4, und in deren südlicher 2 Wagenhäuser stehen. Der Gesamtentwurf, den diese gewaltigen, im Nothaus aufgeführten, zweistöckigen Gebäude hervorbringen ist imponirend. Wenn man das Innere derselben betritt, so erschaut man sowohl über die außerordentlich solide Konstruktion des Balkenwerks der oberen Etagen, wie über die Fülle der dort bereits ausgekauften Belagerungsmaterials. Wenn alle Räume belegt sein werden, so wird sich dort der vierte Theil des gesammten Belagerungsmaterials der deutschen Armee befinden, indem von den beiden Belagerungsparks derselben der eine in Spandau, der andere zur Hälfte in Koblenz, zur Hälfte in Posen untergebracht ist. Dieser halbe Belagerungspark besteht aus 20 9 Centimeter-Brönzen, 60 12 Centimeter-Brönzen, 60 kurzen und 20 langen 15 Centimeter-Gußstahl-Ring-Geschützen, 20 gezogenen 21 Centimeter-Brönzen-Mörsern, 20 glatten 15 Centimeter-Mörsern und 10 21 Centimeter Belagerungs-Ring-Geschützen, wozu noch nach Bedürfnis eine erhebliche Anzahl lange 15 Centimeter-Ring-Kanonen hinzutritt, so daß die Anzahl der hier aufgestellten schwersten Geschütze sich auf ca. 250 belaufen wird. In der Nähe der beiden Artillerie-Wagenhäuser in der südlichen Abtheilung befinden sich überdies zwei, im Laufe dieses Sommers aufgeführte Gebäude, von denen das eine größere Bureau und Wohnräume enthalten wird. Manet man dazu noch das neue Kriegslaboratorium, welches sich im Walle befindet, so ist demnach im Verlaufe von zwei Jahren dort ein neues großes Stabviertel mit großartigen militärischen Anlagen entstanden. Ursprünglich war beabsichtigt, durch das in der Verlängerung der Kl. Ritterstraße anzulegende Thor eine Eisenbahn-Verbindung zwischen der Artillerie-Wagenhäuser und Zentralbahnhof herzustellen. Da dieses Thor aber nicht zu Stande kommt, so soll das sog. Eisenbahnthor, südlich vom Berliner Thor, dazu benutzt werden, welches zu einer Zeit angelegt wurde, als die Oderschlesische Eisenbahn-Direktion noch

beabsichtigte, den Zentralbahnhof ins Innere der Stadt, zwischen Kl. Ritter- und Ballstraße zu verlegen.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Zur Affaire Strousberg.** Gleichzeitig mit der Verhaftung des Dr. Strousberg in Rußland ist in Oesterreich und, Berliner Blättern zufolge, auch in Berlin die Konfurs-Erklärung über das Vermögen desselben und damit der Zusammenbruch seiner industriellen und Eisenbahnbau-Unternehmungen erfolgt. Im Wesentlichen bestehen diese Unternehmungen in den böhmischen, von der Herrschaft Böhmer getrennten Gohßen-, Güten- und Werksanlagen, in Anlagen derselben Art in Deutschland von geringem Umfange, in der bei Prag belegenen Waggonfabrik, in dem Bau der Waagzahnbahn, einer französischen Eisenbahn, sowie einer kleineren deutschen Bahn. Hiergegen ist eine beträchtliche Passivmasse von Kreditoren vorhanden, theils mit Sicherheiten, die aus diesen Unternehmungen herrühren, theils ohne Sicherheiten. Am Bedeutendsten engagirt ist die Moskowskische Kommerz- u. Fabrik-Bank, nämlich mit 5 bis 7 Millionen Rubel. Da die Unternehmungen meistens unvollendet sind, bietet sich zur Vertheilung ihres Werthes vorläufig kein Anhalt dar. Eine besondere Altivmasse bildet der Grundbesitz des Dr. Strousberg, und zwar in Preußen eine Reihe von Gütern mit zusammen circa 60,000 Morgen (u. A. im Posenischen die Herrschaft Lissa), in Oesterreich die Herrschaft Böhmer, aus verschiedenen Gütern bestehend, mit circa 80,000 Morgen, in Polen ein Besitzthum mit circa 90,000 Morgen. Diese Güter sind mit Hypotheken belastet, worunter die aus der rumänischen Abwicklung stammenden Hypotheken auf Böhmer zu Gunsten der Rumänischen Eisenbahn-Altengeellschaft und auf den anderen Gütern zu Gunsten der Diskonto-Gesellschaft, hinter welchen noch die Pers. von Ust und Rasthor und der Graf von Lehnoff in einem wie in dem anderen Falle mit je 500,000 Thlr. für die vorgegebenen Beträge solidarisir in Verantwortlichkeit stehen. So leicht sich diese letzteren Verhältnisse, zumal nach den bereits erfolgten sehr bedeutenden Abzahlungen auf die ursprünglichen Hypothekenbeträge auch abwickeln dürften, so erscheint es doch zweifelhaft, ob hieraus die mit vorgenannten Unternehmungen in Beziehung stehenden nicht gedachten Kreditoren eine Besserung zu erwarten haben, mit anderen Worten, die in dieser Weise hypothekarisch gebundenen Gläubiger, die zudem noch substatir durch andere sehr vermögende Männer sichergestellt sind, erscheinen in ihren Forderungen in jeder Beziehung ungeschädigt, doch bleibt es ungewiß, ob aus diesen Objekten noch den übrigen, nicht in gleicher Weise gebundenen Gläubigern etwas zu Gute kommen wird. — Petersburg Nachrichten zufolge sind übrigens außer Strousberg auch der Direktor der Moskauer Kommerz- u. Fabrikbank, Landau, sowie der Vorsitzende des Aufsichtsrathes verhaftet worden.

**** Bankausweise.** Der gestern veröffentlichte Wochenanweis der Bank von England bestätigt die schon vor acht Tagen ausgesprochene Vermuthung, daß die deutsche Regierung ihre Entnahmen vorläufig stillen würde, bis die zu Anfang des nächsten Monats in London erwarteten überseeischen Goldfrachten in London eingetroffen sein würden, vollkommen. Die Abschwächung des Metallschages der Bank reduzirt sich diesmal auf die geringe Summe von 173000 Pfund Sterl., die allem Anschein nach in lauter kleineren Beträgen in die Provinzen gegangen sind, während seitens des Auslandes der Bank überhaupt kein Baargeld entzogen worden ist. Im Uebrigen zeigt der Ausweis genau denselben Charakter, der den letztwöchentlichen auszeichnete. Das Guthaben der Privaten hat abermals eine Abnahme von circa 2 Millionen erfahren und ist dieser Abgang von den Direktoren ebenso wie in der letzten Woche mittels Veräußerung eines gleich hohen Betrages Regierungssicherheiten gedeckt worden. Der Notenumlauf hat in Folge der Abnahme des Portefeuilles um 615965 Pfund ebenfalls eine Reduktion um 555600 Pfund erfahren und im Zusammenhang damit ist die Totalreserve der Bank um 382517 Pfund, das Procentverhältniß der Reserven zu den Passiven aber von 34 in letzter Woche auf 41½ gestiegen. Eine weitere Erhöhung des Diskonts in London scheint nach dem Umfange weniger beschränkt zu müssen, als sich der Bank auf dem dortigen offenen Markt um ½ pCt. unter dem Bankminimum hält. Der gleichzeitig erschienene Ausweis der Bank von Frankreich zeigt dieses Mal außerordentliche Veränderungen, von welchen das Annehmen des Portefeuilles um 26½ Millionen Franken insbesondere auf den heranrückenden Winter mit seinen voraussichtlich nicht geringen Anforderungen jurthetisiert werden dürfte. Im Uebrigen hat sich das Staatsguthaben um 8½, der Notenumlauf um 8½ Mill. gemindert und, da die Guthaben der Privaten um fast 18 Millionen angewachsen sind, so konnte der Metallschatz noch eine kleine Verstärkung von 3½ Millionen erhalten.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 29. Oktbr. Der „Staatsanzeiger“ meldet, der Minister v. Mittnacht sei hierher zurückgekehrt und habe wenige Tage vor seiner Abreise von Berlin einen Vertrag zwischen der württembergischen Eisenbahnverwaltung und der Reichsmilitärbehörde wegen Entföhrung der Brennbahn in die Festung Ulm unterschrieben. Der „Staatsanz.“ fügt hinzu, daß der preuß. Kriegsminister bei den bezüglichen Verhandlungen dem württembergischen Minister in der dankenswerthesten Weise entgegengekommen sei. — Die evangel. Landes Synode hat mit 42 gegen 10 Stimmen das Trauungsformular, wonach auch nach Einführung des Zivilehegesetzes die Ehen vom Geistlichen nicht bloß eingesegnet sondern auch bestätigt werden, genehmigt. Dieser Beschluß entspricht dem Entwurfe, wie er von dem württembergischen Konsistorium aufgestellt worden war.

Wien, 29. Oktober. Dem „Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“ wird aus Ragusa gemeldet, bei dem durch die Türken von Saclo aus unternommenen Versuche, sich mit neuem Proviant zu versehen, sei es zu einem blutigen Zusammenstoße mit den Aufständischen gekommen und wäre durch denselben die Berproviantirung sich selbst bereit worden.

Wien, 30. Oktober. Ueber die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses wird folgendes berichtet:

Der Handelsminister v. Schumacher legte die Gesetzentwürfe betreffend den Bau neuer Eisenbahnen auf Staatskosten und die Gewährung von Spezialkrediten für das Jahr 1876 zu Zwecken des Eisenbahnbaues vor. Der Minister kennzeichnete in seiner Rede die allgemeinen Normen, von denen sich die Regierung bei der Reform des Eisenbahnwesens leiten lasse. Die dem österreichischen Eisenbahnwesen anhaftenden Mängel zeigten der Regierung den einzuschlagenden Reformweg. Einige vom Staate garantierte Bahnen hätten die Garantie zu stark in Anspruch genommen und wäre die Hoffnung auf Widerstand kaum vorhanden. Die Lage der ungarischen Bahnen sei ebenfalls im Ganzen und Großen eine ziemlich bebrängte. So man sei das österreichische Eisenbahnwesen lückenhaft, die Bahnlinien seien ungleichlich vertheilt. Auch in Betreff der Aufsicht des Staates seien mancherlei Mängel bemerkbar. Theils würden Klagen laut über eine zu große Bevormundung, theils erkläre man die Beaufsichtigung für nicht ausreichend. Der Staat bringe bedeutende Opfer, vermöge jedoch nicht die traurige finanzielle Lage einiger Bauunternehmungen zu verbessern. Der Minister wies sodann darauf hin, daß es sich bei den Gründungen von Eisenbahngesellschaften vor wenigen Jahren weniger um den Bau nützlicher und nothwendiger Linien, als um die Erhaltung von Konfessionen gehandelt habe, um mit denselben gewinnbringende Spekulationen zu machen. Derselben dürfte künftig nicht vorkommen. Die wichtigste Aufgabe der Regierung sei die bei den Eisenbahnen bestehenden Mängel zu beseitigen, die Orga

